



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Zwei Kontinente driften auseinander Politischer Rück- und Ausblick zur Jahresmitte

Von Dr. Anselm Görres, FÖS-Vorsitzender

Das FÖS wurde 1994 als gemeinnütziger **Förderverein Ökologische Steuerreform** gegründet. Seinerzeit lag der Fokus auf einer Ökologischen Steuerreform in Deutschland, die 1998 erfolgreich eingeführt wurde. Seither sind wir über Deutschland und Europa hinaus in der weltweiten Debatte um sämtliche marktwirtschaftlichen Klimainstrumente zu einer wichtigen und geachteten Stimme geworden. Unser 2008 erneuerter Name soll signalisieren, dass es um mehr geht als ein nur paar neue Steuern oder Umweltinstrumente. Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung wird nur durch fundamentale Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft erreichbar sein.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft • Schwedenstraße 15a • D-13357 Berlin
Kommunikation: +49-30-76 23 991-30 • foes@foes.de • www.eco-tax.info • www.foes.de

Dr. Anselm Görres, Jahrgang 1952, Volkswirt und Unternehmer in München, war 1994 Mitgründer des FÖS e.V. (damals Förderverein Ökologische Steuerreform) und Hauptautor des FÖS-Memorandums '94 (Der Weg zur Ökologischen Steuerreform). Heute ist er Vorsitzender des FÖS. Der frühere McKinsey-Berater ist seit 1996 Gründer und Inhaber der ZMM Zeitmanager München GmbH. ZMM ist führender Vollsortimenter im deutschsprachigen Interim Management (www.zmm.de).



Europa, nicht erst seit Januar. Und ewig grüßt die Schuldenkrise. Viel zu viel ist dabei von Finanzmanövern die Rede, die selbst der ökonomisch halbwegs Gebildete kaum versteht, vom Normalbürger zu schweigen. Viel zu kurz kommen andere, mindestens ebenso wichtige Fragen. Zum Beispiel der Beitrag grüner Instrumente zur Generierung neuer Staatseinnahmen. Griechenland hat seine Mineralölsteuern deutlich erhöht. Um 38 Cent je Liter Benzin. Doch warum führt das Land keine Citymaut für Athen und Saloniki ein? Das würde Staus, Emissionen und Ölimporte vermindern, und zugleich Lebensqualität und Lebenserwartung der Städter drastisch verbessern. Von den Erlösen könnte man neue Öko-Busse kaufen und auch noch Geld zur Schuldentilgung abzweigen. Solche „Verstaatlichung der Luft“ schüfe ein Gegengewicht zu den von Brüssel erzwungenen Privatisierungen. Städte wie Barcelona, Mailand, Madrid, Lissabon oder Rom sollten es nachtun.

Insgesamt braucht Europas Süden eine auch ökologisch sinnvolle Wachstumsperspektive, die nicht nur aus mehr Schuldendisziplin besteht. Ausgerechnet der sonnenreiche Süden hat Sonnenenergie und andere Alternativen bislang nicht ausreichend verfolgt. Es geht aber auch um ein erwachsenes Verhältnis zu Steuern, Gesetzen und anderen Bausteinen funktionierender Zivilisationen. Europas protestantischer Norden tut sich leichter mit solcher „Governance“, Kant sei Dank. Die türkische Besatzung Griechenlands endete 1821. Aber noch heute behandeln die Griechen ihre eigene Regierung wie ein Besatzungsregime, und umgekehrt. Die Bürger betrügen den Staat, der Staat belügt seine Bürger, beide zusammen täuschen die EU? Nachhaltig ist anders.

Fukushima, 11. März. Noch am Morgen wacht das halbe Bundeskabinett als Nuklearfreund auf und geht doch abends als Atomgegner ins Bett. Das Seebeben im Pazifik führt zu einem politischen Erdbeben im Ländle. Ausgerechnet das konservative Baden-Württemberg bekommt einen

GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V.

Schwedenstraße 15a • D-13353 Berlin • Fon/Fax +49-30-76 23 991-30/-59 • foes@foes.de • www.foes.de

GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 • BLZ 430 609 67 • IBAN DE87430609678043713000

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

grünen Landeschef. In Bayern proklamieren sich Söder und Seehofer zu Deutschlands grünen Vordenkern. Ach ja: Seit Mitte März stehen 8 der 17 deutschen AKWs still, das sind mehr als 40 Prozent der installierten AKW-Leistung. Ende Mai waren wegen Wartungsarbeiten kurzzeitig sogar nur 4 AKWs am Netz. Doch nach wie vor brennen alle Lichter, und das wird auch so bleiben, so die meisten Experten.

Wenn Fehlerkorrekturen Respekt verdienen, muss man auch mutige Korrekturen großer Fehler loben. Schon in der Bibel wird der verlorene Sohn bei seiner Heimkehr mehr gefeiert als sein brav zuhause gebliebener Bruder. Und im Himmel, heißt es, herrsche weit größere Freude über reuige Sünder als über die immer schon Bekehrten. Unverständlich wird es freilich, wenn ausgerechnet diejenigen, die das Licht als letzte empfangen, sich nun selbst als größte Klimahelden und Energiewenden-Erfinder feiern. Derartige Scheinheiligkeit vergibt das Volk nicht so schnell, trotz nachgelieferter Korrekturen. Die Quittung kam schon mit den Ländlewahlen - weitere könnten folgen.

Brüssel, 13. April. Nach langem Zögern legt Finanzkommissar Algirdas Šemeta seinen Entwurf für eine neue Energiesteuer-Richtlinie auf den Tisch. Was lang erwartet wurde, ist richtig gut geworden. Šemetas Konzept ist genial einfach: Für alle Energiearten gibt es zwei Steuerkomponenten, die eine basiert auf dem CO₂-Gehalt und ist überall gleich. Bei der Komponente Energiegehalt wird aber klug differenziert. So werden Verkehrstreibstoffe höher besteuert, weil Mineralölsteuern ja auch indirekte Verkehrskostenbeiträge liefern müssen. Wenn der Kommissar sich durchsetzen kann - leider braucht er dafür Einstimmigkeit im Rat - könnten die neuen Mindeststeuersätze aus Brüssel gleichzeitig zur überfälligen Schuldenkonsolidierung wie zum Rückgang der Treibstoffemissionen beitragen. Eigentlich sollte Brüssel keinem Land mehr Geld leihen, dass diese Richtlinie nicht unterstützt. Ökologische Lenkung und mehr Finanzdisziplin, beides sind Elemente verantwortungsvollen Regierens.

Übrigens will das EU-Parlament demnächst von allen Mitgliedsstaaten jährliche Umweltbilanzen, die das BSP ergänzen sollen. Nach dem Votum sollen die Mitgliedstaaten ab 2012 in ihrer Berichterstattung an das EU-Statistikamt auch Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern einbeziehen. You get what you measure, sagen die Controller. Wer nur Geldströme misst, bekommt falsche Stoffströme.

Berlin, 30. Juni. Ein Tag für die Geschichtsbücher: Der Bundestag verabschiedet ein Paket mit acht Gesetzen zum Atomausstieg. Ein Gutes hat der wilde Zickzackkurs von Schwarz-Gelb: Jetzt ist die Energiewende fester besiegelt denn je. Keine künftige Regierung kann hinter die erreichten Gesetzesfortschritte zurückfallen. Und endlich haben Investoren Sicherheit. Überall spürt man die grüne Aufbruchstimmung, erstmals auch quer durch die Geschäftswelt. Die bloße Weiterführung der Kernkraft lähmte alle Investitionsimpulse, Strom war ja reichlich vorhanden. Ihr gesetzliches Herunterfahren löst dagegen überall Investitionseifer aus, ob bei Stadtwerken oder Private Equity-Investoren. Jeder hat es verstanden: Der Strom der Zukunft kommt nicht mehr aus der Uran-Steckdose, sondern aus vielerlei Quellen, die wir nun alle gemeinsam erschließen und ausbauen müssen. Das schafft Innovationen und Arbeitsplätze ohne Ende - sicherlich mehr als genug, um die Jobverluste bei E.on, RWE & Co. zu kompensieren.

Eine Schattenseite dieses Aufbruchs ist die Einseitigkeit der Energiewende - bisher ist sie vor allem eine Stromwende. Wir brauchen jetzt den gleichen Mut für eine Wende bei Öl und Gas. Dafür gibt es bisher nur schwache Signale. Nicht einmal ein klitzekleines Tempolimit wird gewagt. Und wenn wir schon Fernbusse freigeben, warum dann nicht mit ehrgeizigen Effizienzstandards?

Washington, Anfang August. Die Demokraten mussten einknicken, es gibt keinerlei Steuererhöhungen. Nicht einmal die allerperversesten Steuervorteile - Subventionen für Ölfirmen und Bushs Reichen-Rabatte - werden angetastet. Beim Militär wird gekürzt, vor allem aber müssen Amerikas Arme für den Schuldenabbau bluten. Ließen etwa überzogene Sozialleistungen den gigantischen Schuldenberg entstehen? Mit Verfassungsänderungen wollen die Ultrarechten jedwede

Steuererhöhung verhindern. Neue oder höhere Steuern soll es nur noch mit Zwei-Drittel-Mehrheit geben. Oder es soll die lachhaft niedrige Steuerquote von 18 Prozent als Obergrenze in der Verfassung verankert werden. So karg lebt in Europa nur der lettische Staat.

USA, Ende September. Es könnte sogar noch schlimmer kommen. Bald muss ein Teil der US-Kraftstoffsteuer verlängert werden. Normalerweise eine Formalität. Beim gegenwärtigen politischen Klima ist jedoch ein Auslaufen der Steuer nicht mehr auszuschließen. Eine Erhöhung scheint ganz außer Sicht. Dabei wurde die Steuer zuletzt 1993, also vor 18 Jahren, auf gerade einmal 18 US Cents angehoben. Die überparteiliche Fiskalkommission des Präsidenten empfiehlt die sofortige Anhebung der Steuer um 15 US Cents. Doch vielen Parlamentariern fehlt selbst der Mut für eine bloße Verlängerung. Andere laufen sich schon warm dafür, eine verhasste Steuer zu schleifen.

Die Anti-Tax Extremists (New York Times) boykottieren nicht nur jeden Ansatz von Steuergerechtigkeit. Sie kämpfen auch gegen den Schutz der Umwelt, der Verbraucher oder des Wettbewerbs. Alle diesbezüglichen Behörden und Maßnahmen werden nach Kräften gelähmt und blockiert. Insoweit kämpfen die Tee-Partisanen für das exakte Gegenteil dessen, was unser Forum anstrebt. Sie wollen Marktwirtschaft radikal, mit möglichst wenig sozialen oder ökologischen Leitplanken. Den Umgang mit der sozialen Gerechtigkeit muss jedes Volk allein entscheiden. Aber weltweit gibt es keine schlimmeren und mächtigeren Klimaschutzgegner als diese reaktionären Rechtsrepublikaner. Damit verletzen sie die Interessen aller Völker.

Deutschland, schon seit mehreren Jahren. Was die wenigstens wahrnehmen: Unser Land hat seit einigen Jahren weit mehr eingeleitet als „nur“ eine Energiewende. Wir befinden uns inmitten einer Gesellschaftswende, wenn auch einer sehr langsamen. Unser Land ist längst auf dem Weg zur Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft. Keiner will mehr nukleare Strahlung, keine Partei will noch soziale Kälte ausstrahlen. Fast alle sind inzwischen für Mindestlöhne, auch wenn sie nur Schritt für Schritt kommen. Schon seit 2007 wirbt das Entwicklungsministerium in der Dritten Welt für die „Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“. Wie die meisten Europäer haben auch die Deutschen kein Problem damit, für einen leistungsfähigen Kultur-, Sozial- und Umweltstaat auch den Preis zu bezahlen. Von den Steuersenkungsgesängen der FDP wollen die Bürger nichts hören. Öffentliche Güter und solide Staatsfinanzen gibt's nicht umsonst, das versteht bei uns jeder.

Europa, Kontinent der Hoffnung. Sind wir zu optimistisch, wenn wir eine ähnliche Entwicklung für ganz Europa konstatieren? Denn für uns bewegt sich auch die EU schrittweise zu einer verantwortungsvolleren und öko-sozialeren Ordnung. Zumindest ist es legitim, von einem Netz sozialer und ökologischer Leitplanken zu träumen, das sich allmählich über ganz Europa ausbreitet und festigt. Natürlich ist das kein Prozess ohne temporäre oder regionale Rückschläge. Aber gerade der Vergleich zu Amerika macht es deutlich. Während starke Kräfte in Amerika, leider insbesondere seine wirtschaftlichen Eliten, sich weiterhin gegen einen verantwortungsvollen Staat und eine humanere Marktwirtschaft stemmen, baut Europa auch in schwierigen Zeiten den Umweltstaat aus und verteidigt den Sozialstaat. Die Schuldenkrise scheint in den USA die reaktionärsten Kräfte zu stärken und den Staat zu schwächen. In Europa führt sie zu einer Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen und der innereuropäischen Solidarität. Europa diskutiert neue Energiesteuern, in USA steht sogar der kümmerliche Bestand auf dem Spiel. Mundus furibundus - verrückte Welt! Die USA fliehen aus der globalen Verantwortung, die Europäer übernehmen mehr und mehr davon. Teil des Problems sind alle - aber wir Europäer sind wenigstens auch Teil seiner Lösung.